



## Wider den strengen Vater

Viele junge Polen opponieren gegen Kaczynskis PiS – vielleicht zu spät. Seite 3

## Zurück in die Türkei

Ein ehemaliger Kämpfer der kurdischen YPG erhält kein Asyl in Deutschland. Seite 5

## Wandel ins Extreme

An Wetterkatastrophen sollten wir uns gewöhnen. Seite 20

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 27. Juli 2017

72. Jahrgang/Nr. 173

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT Genug Benzin verbrannt

Kurt Stenger über eine Debatte, die in Deutschland nicht geführt wird

Wer den Maßstab der Energieeffizienz auf den Verkehrssektor anlegt, fragt sich, wie jemand auf die Idee kommen konnte, mit dem Verbrennen aufwendig raffinierter Erdölmotoren anzutreiben. Dabei bleiben 80 Prozent der Energie ungenutzt und es entstehen Abgase, die entweder die Umwelt vergiften oder ebenfalls aufwendig gereinigt werden müssen. Punktuell gibt es die Einsicht, dass genug Benzin verbrannt worden ist: Nach Frankreich will auch Großbritannien den Verbrennungsmotor verbieten, mit Volvo steigt ein erster konventioneller Hersteller komplett um. Staaten wie Norwegen und China fördern massiv Elektroautos.

In Deutschland ist man weit davon entfernt. Eine ernsthafte Debatte hat noch nicht einmal begonnen. Und so konnte der Verkehrsminister den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor locker aus dem »Klimaschutzplan 2050« streichen. Der Autoindustrieverband hat gerade erst fantasievoll vorgezählt, wie viele hunderttausend Stellen an der veralteten Technologie hängen. Da traut sich niemand, wirklich Kontra zu geben – unglaublich, wenn man bedenkt, was in den vergangenen beiden Jahren in der Diesellaffäre so alles bekannt wurde.

Ein Motorendeckel wäre dabei nur der Anfang. Auch E-Autos sind kein Allheilmittel – das Lithium für die Akkus ist weltweit knapp und die Stromerzeugung nicht von vornherein emissionsarm. Effizientere Motoren wären ein erster Schritt – die Eindämmung des Autoindividualverkehrs der wichtigere.

## UNTEN LINKS

Der Mensch lebt meist im Uneigentlichen – überall ist nur Ersatz. Statt in Stadtbahnen quetscht er sich in den Ersatzverkehr, der trotz der Enge dort keine Kopulationsalternative bietet. Die zu ergreifen wäre er sowieso zu müde: Kaffeeersatz, Zuckerersatz, wer soll da wach werden? Und die Kaffeeersatzleserei im elektronischen Zeitungersatz ermuntert auch nicht gerade. Wie auch, wenn einem morgens gleich die ständige Ersetzbarkeit um die Ohren gehauen wird? Früher war's China, heute sind's Roboter: Irgendwer sorgt schon dafür, dass Gehälter so niedrig bleiben, dass das mit Zahnersatz bei vielen schwierig ist. Da müssen Ersatzfantasien her – die erschöpfen sich meist im Arbeitersersatz, Urlaub genannt. Aber da müssen ja auch ständig Ersatzziele her, wenn wieder irgendwo was Richtung Demokratieersatz kippt. Schicken wir doch Roboter in den Ersatzverkehr. Oder in Urlaub. Nach China. Falls das zu viel männliches Lamento ist: Ersetzen Sie Ersatz einfach durch Siesatz. stf

## In den Leerlauf

Britische Regierung will bis 2040 Verbrennungsmotor verbieten – die deutsche nicht



Foto: imago/Arnulf Hettrich

London. Während in Deutschland wegen des mutmaßlichen Autokartells erneut über die Zukunft von Dieselaautos diskutiert wird, schafft die britische Regierung Fakten: Umweltminister Michael Gove kündigte am Mittwoch an, der Verkauf von Autos mit Verbrennungsmotor solle ab dem Jahr 2040 verboten werden, um die Luftverschmutzung auf der Insel zu verringern. Der Bann treffe neben Dieselaautos und Benzinern auch Hybrid-Fahrzeuge, die einen Verbrennungs- und einen Elektromotor haben.

Das angekündigte Aus ist Teil eines mit Spannung erwarteten Klimaschutzplans der konservativen Regierung, mit dem die in man-

chen Städten zu hohen Schadstoffwerten gesenkt werden sollen. Der Oberste Gerichtshof des Landes hatte die britische Regierung aufgefordert, entsprechende Maßnahmen vorzulegen. In Großbritannien wird auch über Zufahrtsbeschränkungen für Dieselaautos in den Innenstädten diskutiert.

Umweltschutzgruppen kritisierten, dass die Pläne der Regierung im Kampf gegen die aktuelle Luftverschmutzung ungenügend seien. Zwar sei das Fahrverbot gut für Schlagzeilen, »aber in Wirklichkeit bedeutet es, dass die Kinder im Vereinigten Königreich noch über Jahre schädlicher Luftverschmutzung ausgesetzt

sind«, sagte Greenpeace-Vertreterin Areeba Hamid. Die Vereinigung der Motorenhersteller und -händler warnte hingegen vor dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Vor drei Wochen hatte bereits die französische Regierung angekündigt, bis spätestens 2040 den Verkauf von Diesel- und Benzinautos zu verbieten. Die Bundesregierung will hingegen weiter keinen angeordneten Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor. »Ein Verbot von Diesel-Fahrzeugen oder Benzinern steht derzeit nicht auf der Agenda der Bundesregierung«, sagte Vizeregierungssprecherin Ulrike Demmer. Agenturen/nd Seite 9

## Richter segnen Dublin-System ab

Europäischer Gerichtshof erlaubt aber »Eintrittsklausel« für Flüchtlinge im Geist der Solidarität

**Sind Abweichungen vom Dublin-System rechters? Darüber befand der EuGH am Mittwoch. Seine Antwort: Nein, aber.**

Berlin. Als Kanzlerin Angela Merkel im September 2015 die Grenzen für in Ungarn ausharrende Flüchtlinge öffnete, sprachen flüchtlingsfeindliche Akteure von Rechtsbruch. Denn die geltende Dublin-III-Verordnung sieht vor, dass Asylsuchende ihren Antrag im Land der Einreise oder Erstregistrierung stellen müssen.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat nun in einem Grundsatzurteil vom Mittwoch diese Argumentation gestützt. Er stellte fest: Auch in der Flüchtlingskrise gebe es keine Ausnahmen von den EU-Asylregeln. Die Richter verwarfen damit die Argumente der EuGH-Generalanwältin, die unter den damaligen besonderen Umständen ein Abweichen von den Dublin-Regeln für rechters hielt.

Hintergrund des Urteils: Als sich 2015 und 2016 Hunderttausende Menschen über die sogenannte Westbalkanroute auf den Weg in die EU machten, ließen überforderte Staaten auf der Route die Menschen ungehindert über ihre Grenzen ziehen und halfen bei der Durchreise. So auch Kroatien.

Über den Fall von zwei Migranten, die über Kroatien nach Österreich und Slowenien reisten und dort ihren Asylantrag stellten, urteilten nun die Richter. Sie bestätigten die Auffassung der beiden Länder, wonach Kroatien nach den Dublin-Regeln in der Pflicht ist, die Asylverfahren abzuwickeln. Wenn ein EU-Staat aus humanitären Gründen die Ein- oder Durchreise erlaube, entbinde ihn das nicht von seiner Zuständigkeit für die Prüfung der Asylanträge. Der Grenzübertritt sei unter solchen Umständen weiter als illegal zu werten.

Gleichzeitig verwies der EuGH aber auf eine »Eintrittsklausel« im

EU-Flüchtlingsrecht. Diese erlaube es anderen Staaten, »einseitig oder in abgestimmter Weise im Geist der Solidarität« Anträge von Flüchtlingen auf internationalen Schutz auch dann zu prüfen, wenn sie nach den Dublin-Re-

**»Der EuGH verteidigt den »Besitzstand« der Staaten im Zentrum der EU.«**

Pro Asyl

regeln hierfür nicht zuständig sind. Pro Asyl bewertet die Klausel indes als »keinen wirklichen Ausgleich«. »Der EuGH«, so die Organisation, »verteidigt in seiner Auslegung den »Besitzstand« der Staaten im Zentrum der EU – zulasten der Flüchtlinge und zulasten der Staaten an den EU-Außergrenzen.«

## EuGH stoppt Austausch von Fluggastdaten

Abkommen zwischen EU und Kanada nicht mit Grundrechten vereinbar

Luxemburg. Der Europäische Gerichtshof hat das von der EU und Kanada geplante Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten gestoppt. Die Luxemburger Richter entschieden am Mittwoch, dass mehrere der Bestimmungen nicht mit den von der EU anerkannten Grundrechten vereinbar sind.

Das Abkommen greife in das Grundrecht auf Achtung des Privatlebens ein und stelle einen Eingriff in das Grundrecht auf Schutz personenbezogener Daten dar, heißt es im Gutachten. Zur Bekämpfung terroristischer Straftaten und grenzübergreifender schwerer Kriminalität seien zwar Eingriffe möglich. Im vorliegenden Fall beschränkten sich diese aber nicht auf das notwendige Maß.

Die Bundesregierung hat offen gelassen, ob die Entscheidung Auswirkungen auf andere derartige Vereinbarungen hat. Dazu gebe es »noch keine abschließende Erkenntnis«, sagte ein Sprecher des Innenministeriums am Mittwoch in Berlin. dpa/nd

## EU-Besorgnis über neue US-Sanktionen gegen Russland

Moskau: Normalisierung gefährdet

Washington. Die EU hat am Mittwoch alarmiert auf den Beschluss des US-Repräsentantenhauses vom Dienstag reagiert, neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Dieses Vorgehen könne auch europäischen Unternehmen schaden. Die EU-Kommission werde sich auf Gegenmaßnahmen einstellen. »America first kann nicht bedeuten, dass die europäischen Interessen als letztes kommen«, sagte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. »Wir sind der Ansicht, dass das Ziel von US-Sanktionen nicht die EU-Wirtschaft sein darf«, erklärte die Bundesregierung. Russlands Vize-Außenminister Sergej Rjabkow verurteilte die Strafmaßnahmen als Hindernis für eine Normalisierung der Beziehungen beider Länder.

Wegen angeblicher russischer Hackerangriffe während des US-Wahlkampfes sowie der Annexion der Krim hatte das Repräsentantenhaus fast einstimmig die neuen Sanktionen beschlossen. Agenturen/nd

Seiten 4 und 7

## Zuwanderer füllen Sozialkassen

Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich ebenfalls

Berlin. Zuwanderer stabilisieren offenbar das deutsche Sozialsystem. So stieg die Zahl der Rentenbeitragszahler mit einem ausländischem Pass zwischen 2008 und 2015 um 1,7 Millionen, wie die Deutsche Rentenversicherung am Mittwoch mitteilte. Auch der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen stellt eine Verbesserung der finanziellen Situation durch Zuwanderer fest. Wie der Verband mitteilte, waren unter den neuen Versicherten 2016 vor allem EU-Ausländer sowie Flüchtlinge.

Zu den steigenden Einnahmen kommen allerdings auch steigende Ausgaben. Vor allem die Kosten für Renten- und Krankenversicherung sowie für Pensionszahlungen habe die Sozialausgaben in Deutschland im Jahr 2016 auf 918 Milliarden Euro gesteigert – bis 2021 erwartet die Koalition Kosten von rund einer Billion Euro, heißt es nach Angaben des »Handelsblattes« im Sozialbericht 2017 des Sozialministeriums. Die Unternehmer warnen vor weiter steigenden Ausgaben – das koste Jobs. Agenturen/nd

Seiten 4 und 9

